

Der Rettungsdienst bleibt ein Dauerpatient

Gesetzliche Hilfsfristen werden inzwischen eingehalten - Auslegung des Gesetzes ist jedoch umstritten

Stuttgart (fb) - Wie sicher sind die Bürger, wenn etwas passiert? Das war gestern Thema einer Podiumsdiskussion im Rathaus. Das Forum Notfallrettung fordert, dass Rettungswagen und Notarzt schneller am Einsatzort sein müssen.

Seit vor einem Jahr bekannt wurde, dass die gesetzlichen Fristen für die Notfallrettung in Stuttgart nicht eingehalten wurden, wird viel über das Rettungswesen diskutiert. Eine positive Nachricht konnte Ordnungsbürgermeister Martin Schairer gestern immerhin verkünden: Sowohl bei Rettungswagen als auch bei Notärzten schafft man es inzwischen durch mehr Fahrzeuge, Personal und eine bessere Organisation, in 95 Prozent der Fälle innerhalb von 15 Minuten am Einsatzort zu sein. Damit ist die gesetzliche Hilfsfrist - zumindest nach der Definition des Sozialministeriums - eingehalten. Das Gesetz allerdings kann man unterschiedlich auslegen. Wörtlich heißt es: Die Zeit vom Eingang der Notfallmeldung in der Rettungsleitstelle bis zum Eintreffen der Hilfe am Notfallort an Straßen soll aus notfallmedizinischen Gründen möglichst nicht mehr als 10, höchstens 15 Minuten betragen. Diese Fristen müssen zu 95 Prozent erfüllt werden. Laut Sozialministerium ist das eben der Fall, wenn 95 Prozent innerhalb der 15 Minuten ankommen. Laut Forum Notfallrettung ist das Gesetz erfüllt, wenn 95 Prozent innerhalb von 10 Minuten, die restlichen innerhalb von 15 Minuten am Einsatzort sind. „Die Situation in Stuttgart ist mangelhaft“, sagt Sven Reder. „Aus medizinischer Sicht ist eine Frist von 15 Minuten nicht hinnehmbar.“ Schon nach viel kürzerer Zeit könne es zu irreparablen Schäden kommen. Auch Joachim Spohn von der Bürgerinitiative Rettungsdienst sagt: „Es gibt keine Großstadt in Deutschland, die de facto mehr als zehn Minuten Hilfsfrist hat.“ Man wolle sich schließlich nicht mit irgendeinem Seitental im Schwarzwald vergleichen. Städte wie Hamburg oder München seien auch von der Infrastruktur her viel besser ausgestattet. Laut Tjark Reinhardt vom Forum Notfallrettung sei es dringend notwendig, mehr Fahrzeuge zu haben, die man im Notfall akquirieren könne. „Zu den großen Ausreißern bei den Hilfsfristen kommt es immer dann, wenn keine Fahrzeuge mehr greifbar sind, weil alle unterwegs sind.“ Da die Kassen - die die Kosten der Notfallrettung tragen - so etwas nicht finanzieren, müsse sich hier zum Beispiel die Stadt engagieren. Kritisiert wurde auch die Struktur des Rettungswesens, das von den sogenannten Bereichsausschüssen, in denen die Hilfsdienste und die Krankenkassen sitzen, selbst organisiert wird. „Wenn diese Ausschüsse richtig gearbeitet hätten, wäre es schon viel früher aufgefallen, dass die Fristen nicht eingehalten werden“, so Spohn. Notwendig sei ein ärztlicher Leiter des Rettungswesens auf Landesebene. Auch die anwesenden Stadträte sahen die jetzt erreichte Einhaltung der Hilfsfrist von 15 Minuten nur als Zwischenschritt. Fazit: Es gibt noch viel zu tun, allerdings ist für das Rettungsdienstgesetz das Land zuständig. Ein Vertreter des Landes war gestern übrigens nicht dabei. Man habe keinen kompetenten Gesprächspartner für den Termin gefunden, so das Sozialministerium im Brief an die Organisatoren.